KATHOLISCHE FRAUENGEMEINSCHAFT DEUTSCHLANDS kfd

27. JUNI 2012 – PRESSE

Unterschriftenaktion "Mehr Generationengerechtigkeit bei der Rente" beendet

Bei der Übergabe der 202.263 Unterschriften: Maria Theresia Opladen, Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen und Dr. Maria Flachsbarth (von links). Quelle des Fotos: KDFB

kfd und KDFB überreichen Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen 202.263 Unterschriften

Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) und der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) überreichten gestern Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen 202.263 Unterschriften, die sie im Rahmen ihrer Aktion "Mehr Generationengerechtigkeit bei der Rente" vom 23. April bis 15. Juni 2012 bundesweit sammelten.

Die beiden größten katholischen Frauenverbände, die über 800.000 Mitglieder vertreten, fordern bei der Anerkennung von Erziehungsleistungen in der Rentenanrechnung drei

Entgeltpunkte pro Kind und zwar unabhängig vom Geburtsjahr der Kinder.

"Wir halten die bestehende Regelung, bei der Frauen, die vor 1992 Mutter wurden und deshalb mit nur einem Entgeltpunkt pro Kind bei der Rentenberechnung berücksichtigt werden, für diskriminierend. Die geleistete Erziehungs- und Familienarbeit der heute 50 Jahre und älteren Frauen muss angemessen berücksichtigt werden", erklärten Maria Theresia Opladen, kfd-Bundesvorsitzende, und Dr. Maria Flachsbarth, KDFB-Präsidentin, bei der Übergabe von 202.263 Unterschriften an Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen.

KDFB und kfd weisen darauf hin, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarte höhere Berücksichtigung von Erziehungszeiten bei der Rente ein wesentlicher Beitrag zur Verhinderung drohender Altersarmut von Frauen ist.

Ältere Frauen, die für ihre Familie auf eine Berufstätigkeit verzichteten, weil die klassische Rollenaufteilung (Frau als Erziehende, Mann als Verdiener) gesellschaftliche Normalität war, dürfen nicht für die damals gängige Praxis mit einer Gefährdung ihrer Alterssicherung bestraft werden.

"Frauen dürfen nicht zu den Verliererinnen in unserer Gesellschaft werden. Wir appellieren deshalb an Politikerinnen und Politiker, sich intensiv für mehr Generationengerechtigkeit und damit für eine Gleichbehandlung von jüngeren und älteren Erziehenden bei der Rentenanrechnung einzusetzen", fordern Flachsbarth und Opladen.

Beide sehen in der großen Resonanz auf die Unterschriftenaktion, die nur sieben Wochen dauerte, einen dringenden Handlungsbedarf hinsichtlich einer Änderung der bestehenden Rentenberechnung. In zahlreichen Zuschriften, die den Unterschriftenlisten beilagen, formulierten Frauen ihre Ängste und Sorgen für die Zukunft und teilten ihre Enttäuschung über die fehlende Wertschätzung ihrer hauptverantwortlichen Familienarbeit mit.

KONTAKT

Barbara Stöckmann

Pressereferentin

Telefon: 0211 44992-25

barbara.stoeckmann@kfd.de

STAND: 27.06.2012